

Eckpunkte des Nachtragshaushalts 2017:

Erhöhung der Einstellungszahlen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter um 300 auf 2.300 sowie 30 zusätzliche Stellen zur Durchführung der Ausbildung	+1,5 Mio. EUR
Maßnahmenpaket Polizeiausstattung	+3 Mio. EUR
118 zusätzliche Stellen zur Terrorbekämpfung (insbesondere beim Verfassungsschutz)	+1,2 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich der Polizei	+10 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich des Justizvollzugs	+2 Mio. EUR
Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss	+45,3 Mio. EUR <small>(Nettodarstellung: 101 Mio. EUR Mehrausgaben abzüglich 55,8 Mio. EUR Mehreinnahmen durch den Bund)</small>
Beseitigung der unzureichenden Krankenhausinvestitionsförderung	+150 Mio. EUR <small>(Nettodarstellung: 250 Mio. EUR höhere Investitionsfördermittel an die Krankenhäuser abzüglich 100 Mio. EUR Beteiligung der Gemeinden)</small>
Beseitigung der Unterfinanzierung der Träger von Kindertageseinrichtungen durch ein Trägerrettungsprogramm	+500 Mio. EUR
Beseitigung der Unterfinanzierung der Weiter- und Familienbildung durch Aufhebung der 5-prozentigen Kürzung	+6 Mio. EUR
Rückgängigmachung des Buchungstricks der vorgezogenen Darlehenstilgung BLB	+885 Mio. EUR
Risikoabschirmung WestLB AG	Aufnahme einer eigenständigen Kreditermächtigung als Vorsorge für drohende Zahlungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der WestLB AG
Saldierte sonstige Veränderungen	-9 Mio. EUR
= Mehrausgaben insgesamt	1.595 Mio. EUR
Zur Finanzierung stehen zur Verfügung: Steuer Mehreinnahmen	1.265 Mio. EUR
Minder ausgaben bei den Personalausgaben	400 Mio. EUR
= Summe	1.665 Mio. EUR
Übersteigender Betrag	70 Mio. EUR
Reduzierung der bisherigen Nettoneuverschuldung	von rd. 1,62 Mrd. EUR um 70 Mio. EUR auf dann 1,55 Mrd. EUR